

416

aus dem Grundgesetz zu behandeln. Insbesondere  
 möge in Ländern, wo Sozialisten an Regierungen teilhaben  
 können, über ihre Erfolge berichtet werden. Die  
 Internationalen sollen die Grundlage zur Prüfung der Frage im  
 internationalen Maßstab durch die I. A. bilden.

Die dritte Sitzung dieser reformistischen In-  
 ternationalen zeigt sich besonders in ihrer Behandlung des  
 Grundproblems der internationalen Politik der im-  
 perialistischen Kriegspolitik. Schindler um  
 Kautsky zu Ehren heißt es zwar in den in Hamburg be-  
 schlossenen Statuten: „Die I. A. ist nicht nur ein Instru-  
 ment für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein un-  
 abtrennbares Instrument während jedes Krieges“. In  
 Wahrheit aber denken die Führer der einzelnen Parteien  
 wie Henderson, Thomas und Shaw, wie Leon  
 Blum und Renaudel, wie Vandervelde und  
 de Braudère, wie Hilferding, Hermann Mü-  
 ller und Wels nicht im geringsten daran, bei dem Aus-  
 bruch eines neuen Krieges die internationale proletarische  
 Solidarität über ihre eigene reformistische nationale Koali-  
 tionspolitik zu stellen.

Schon der erste imperialistische Kolonialkrieg, der jetzt  
 in Marokko geführt wird, zeigt dies nur zu deutlich.  
 Die Erklärung hat es nicht gewagt, zu der Unterstützungs-  
 politik der französischen Sozialisten für den blutigen ma-  
 rokkanischen Kolonialkrieg Stellung zu nehmen; und selbst  
 die letzte, schwächliche kritische Stellungnahme Otto  
 Bauers erhielt in der letzten Sitzung der Erklärung  
 ganze drei Stimmen! So heißt es denn in dem  
 gebildeten Bericht: „Neue Zwischenfälle, wie der  
 französische Kolonialkrieg in Marokko weisen nachdrück-  
 licher denn je den sozialistischen Parteien ihre Pflicht, die  
 der Beschluß des Hamburger Kongresses mit den Worten  
 vorzulegen: „Erstes Erfordernis des Kampfes gegen den  
 Imperialismus ist es, daß die Arbeiterparteien aller Län-  
 der jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ab-  
 lehnen, und daß ihre parlamentarischen Vertreter die Zu-  
 stimmung zu den imperialistischen Zwecken dienenden Mil-  
 itär- und Kriegskrediten verweigern.“ Die französischen  
 Reformisten muhten erst durch die große Antikriegs-  
 kampagne der kommunistischen Partei Frankreichs und durch  
 ihre eigenen proletarischen Mitglieder dazu gezwungen wer-  
 den, ihre offene Unterstützungspolitik für den marokkanischen  
 Kolonialkrieg aufzugeben, um jetzt eine ver-  
 schleierte Unterstützungspolitik fortzusetzen.

Aber wer hat auch in dieser Internationale das Recht,  
 den Franzosen deshalb Vorwürfe zu machen? Haben nicht  
 nach oben und keine Leute ebenso die imperialistischen  
 Zwecken dienenden Militärkredite bewilligt für die  
 Niederdrückung der Ägypter, der Araber, der  
 Jüdier? Bewilligen nicht die tschechischen, die  
 polnischen Sozialisten alle Militärkredite ihres  
 Landes? Je mehr man in der Praxis die imperialistische  
 Politik unterstützt, desto mehr schweigt man natür-  
 lich in Fragen von Weltfrieden, Völkerverständigung, Ab-  
 zählung usw.

Ueber den Kampf gegen den Krieg enthält der  
 238 Seiten lange Bericht des Sekretariats der Internatio-  
 nale deshalb verständlicherweise nur bescheidene sechs  
 Seiten (1), in denen außerdem noch ausdrücklich die Un-  
 möglichkeit der verschiedenen angeschlossenen Parteien be-  
 stätigt wird, sagt doch dieser Bericht: „Gegenüber dem  
 Projekt eines weiteuropäischen Sicherheitspaktes nehmen  
 die einzelnen sozialistischen Parteien keinen vollkommen  
 übereinstimmenden Standpunkt ein.“ Ferner: „Die Stel-  
 lungnahme zu der Einrichtung des Völkerbundes ist inner-  
 halb der sozialistischen Parteien nicht einheitlich.“ Weiter:  
 „Die Ergebnisse einer Kundfrage über die Stellungnahme  
 der einzelnen Parteien zur Völkerbundfrage und zur inter-  
 nationalen Einigung zeigen jedoch so große Verschieden-  
 heiten in den Ansichten der einzelnen Parteien, daß die  
 Angalmigkeit zur Weiterberatung vertagt werden mußte.“  
 „Berlegt“, wie alles, worüber man sich nicht einigt! Die  
 innigen Widersprüche in dieser Internationale sind eben  
 viel zu groß, als daß auch nur eine Verständigung auf dem  
 Papier ersichtlich zustande kommen könnte.

Wenn schon die zweite Internationale im August 1914  
 unter den Stürmen des Weltkrieges auseinanderbrach, die  
 dritte Internationale der reformistischen Regierun-  
 gen und Sozialisten aller Länder wird durch den letzten im-  
 perialistischen Weltkrieg auseinandergerissen. Daran wer-  
 den alle Parteien, die wir in Marseille hören werden, nichts  
 ändern. Dieselben Leute, die in Marseille theatralisch die  
 Internationale feiern werden und sich demonstrativ die  
 Hände schütteln, werden wenige Tage später wieder ihren  
 heimischen Bourgeois die Hände reichen.

Die Klassenbewußte, die revolutionäre Arbeiterkraft der  
 Welt erwartet daher nichts von dem Stillstehen der Re-  
 formisten aller Länder in Marseille, um so weniger, als  
 die ersten Entwicklungstendenzen der britischen und  
 französischen Arbeiterklasse nach links hin in Mar-  
 seille kaum ihren Ausdruck finden werden. Die gewissen-  
 schaften der Exekutive werden zu verhindern wissen, daß  
 der Wille zum internationalen Klassenkampf, zum Kampf  
 gegen jegliche Koalitionspolitik, zum Kampf für das prole-  
 tarische Sowjetregiment, der auch bei zahlreichen noch der  
 Sozialistischen Internationale angeschlossenen Proletariaten  
 vorhanden ist, wirklich zur Geltung kommt. Im übrigen  
 wird der kommende Theaterdonner von Marseille nicht die  
 Tatsachen verunsichern können, daß diese reformistische In-  
 ternationalen nur ein Schwert von Papp ist. Deshalb gilt  
 es angeht das Kongress von Marseille von neuem alle  
 uns noch fernstehenden Klassengenossen für die einzige  
 mächtigste proletarische Internationale, die kommunistische  
 Internationale, zu gewinnen.

### Der Annetriebetrug in Preußen

Die preußische Annetriebevorlage im händigen Reichstag  
 angenommen.

Berlin, den 18. August. Der händige Reichstag des  
 preußischen Landtages hat die preußische Annetriebevorlage in  
 der Sitzung des Interimsschulden, die einige Ergänzungen der  
 Regierungsvorlage enthält, angenommen. Von der Regierung  
 wurde eine Erklärung abgegeben, daß in die Annetriebe  
 geringfügige Verträge, die ihrer Grund in den Räten der In-  
 schuldung haben, einbezogen werden sollen.

Die kommunistische Fraktion gab bei der Annahme dieses  
 Annetriebe durch die Genossen Bied, Obisch und Dö-  
 folgende Erklärung ab:

„Die kommunistische Fraktion stimmt der Notverordnung auf  
 Grund von Straffreiheit in Preußen zu, abgesehen von allen  
 in der Notverordnung gewährten Straffreiheiten abgesehen von  
 dem Grund, daß die kommunistische Fraktion beanstandet die Notverord-  
 nung, die die Annetriebe vorläufig an der von der Arbeit-  
 geberseite geforderten Abgabe eines Willigen Annetriebe-

ausdrücklich beständigt Forderung auf Freilassung aller  
 politischen Gefangenen;

2. als eine Fortführung des ungeheuren Schand, das durch  
 diese Annetriebe über Tausende von Arbeitern und  
 ihre Frauen und Kinder gebracht worden ist;

3. als ein Mandat der Regierung, um den Landtag abzu-  
 halten, auf dem Wege der Gesetzgebung eine Amnestie zu  
 erwirken.

Obgleich die Mehrheit des händigen Reichstages nicht zu  
 erkennen gegeben hat, daß sie gewillt ist, eine größere Straf-  
 freiheit als in der Notverordnung geschaffen in den prestatar-  
 tischen Gefangenen zu gewähren, im Gegenteil sogar  
 noch Verschärfungen vorgenommen hat, so fordert doch die  
 kommunistische Fraktion erneut vom Landtagspräsidenten die  
 sofortige Entziehung des Landtages, um über den von der  
 kommunistischen Fraktion vorliegenden Gesetzentwurf auf Voll-  
 annahme zu beraten und zu beschließen.

Die kommunistische Fraktion konnte bei der in gebrauchten  
 Notverordnung zustimmen, weil die kommunistische  
 Partei entschlossen ist, den Kampf um die Vollannahme mit ge-  
 heiligem Eifer fortzuführen und dadurch die Regierungen und  
 Verwaltungen im Reich und in den Ländern zwingen wird, auch  
 die proletarischen politischen Gefangenen aus den Kerker zu  
 entlassen, denen durch die letzte Annetriebe die Freiheit vor-  
 enthalten wird.

Die kommunistische Fraktion wiederholt ihre Forderung:  
 Her mit der Vollannahme!  
 heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!  
 Berlin, den 19. August 1925.

### Der Weg eines Sozialdemokraten Vom „Vorwärts“ auf den Müllhaufen.

Arthur Jücker, ehemaliger Vorwärtsredakteur, Res-  
 jasser jenseits Gedächtnis, das sein Erlaunen darüber aus-  
 drückt, daß Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl  
 Kautsky nicht massakriert sind, ist auf dem Wege über  
 das Stimmenslath, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bei  
 Jückerberg, im „Berliner Lokalanzeiger“ gelandet.

Die Jücker laubere Arthur Jücker, ehemals ein sozialdemo-  
 kratischer Arbeiter, weiß die Konjunktur zu nutzen. Mit  
 kommunistischen in „Vorwärts“ hing es an. Seine un-  
 veränderten Aufforderungen zur Ermordung Karl Liebk-  
 nechts und Rosa Luxemburgs sind ihm vom „Vorwärts“  
 gut bezahlt worden. Der Stern der Landsberg, Kasse und  
 Lumpens verblühte jedoch vor einem noch strahlenderen  
 Stern am „republikanischen“ Himmel. Getreu der Lehre  
 des „Vorwärts“, daß Stimmes in seinem Werke nicht gekört  
 werden soll als einer der größten Vordrucker des „So-  
 zialismus“, stellte sich Arthur Jücker neben vielen anderen  
 „Genossen“ in den Dienst dieses „Größten“, Stimmes-  
 pleite.

„Wohin?“ Ein ehemaliger Vorwärtsredakteur weiß sich  
 zu helfen. Hugenberg hat ihn in Gnaden aufgenommen.  
 Arthur Jücker darf im „Berliner Lokalanzeiger“ schmieren.  
 Und er schmirt über — „Entdeckungen im Berliner Müll  
 — Gebirge um Berlin — Ein Warenhaus des Abfalls —  
 Vom Brillantengrub bis zum Runderdicken!“ Im übrigen  
 eine Beschäftigung, die wir jämlichen Vorwärtsredakteuren  
 empfehlen.

### Der Sozialdemokrat Graefincki als Schrittmacher der Reaktion

Die Berliner bürgerliche Abendpresse meldet, daß nach  
 den Erfahrungen der letzten Krawalle in Berlin das Ber-  
 liner Polizeipräsidium nicht nur das Mitführen von Stö-  
 fen in geschlossenen Zügen zu verbieten, sondern auch die  
 Demonstrationen in den Straßen erster und zweiter  
 Ordnung grundsätzlich zu untersagen beabsichtige. Damit  
 will dieser Sozialdemokrat die Arbeiterkraft des Reiches  
 auf die Straße jenseit teilweise drauben. Die sperrnagige  
 Bourgeoisie, die auf den Straßen erster und zweiter Or-  
 dnung ihre Verbauungspromenaden macht, soll nicht durch  
 den Anblick proletarischer Demonstrationen geängigt  
 werden.

### Reichsarbeitsminister Brauns kündigt weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit an

Auf dem ersten Verbandstag der christlichen Metallarbeiter  
 erklärte der christliche Reichsarbeitsminister Brauns, daß die  
 Zahl der Arbeitslosen weiter wachsen werde. Ganze Unter-  
 nehmen würden Schiffbruch leiden. Viele Zeugnisse, welche  
 die Arbeitslosigkeit aufzeigt, die Wirtschaft mit kapitalistischen  
 Mitteln in Ordnung zu bringen, ist für die Ausdeuter sehr ge-  
 fährlich. Deshalb bedient sich Brauns politischer Methoden, um die  
 Arbeiter von der Erkenntnis der Notwendigkeit, den Kapitalis-  
 mus zu befeitigen, möglichst weit abzubringen. Er sagt näm-  
 lich, Schuld trage das Bankkapital durch seine Wucherzinsen.  
 Das stimmt nur zum Teil, löst aber die Schuld vom gesamten  
 kapitalistischen System auf einen Teil dieses Systems, ganz nach  
 der Praxis der Fiktivrente, die ja auch nichts anderes wollen,  
 als die Arbeiter von der Bekämpfung der Ausdeuter abulenken.  
 Diese Banken aber sind noch der Luther-Regierung mit der Hin-  
 denburgkrona mittels Reichswehr, Schupo und Justiz hängig-  
 lich geknüpft, so daß ihnen diese „Abteilung“ nichts schaden kann.  
 Und Herr Brauns nimmt ja selbst Teil an dieser herrlichen  
 Regierung, die von diesem herrlichen System von Bank-, Industrie-  
 und Agrarbarbaren eingeleitet ist und es verteidigt.

### Der „Kampfruf“ der demokratischen Reifreiter

Die Deutsche Demokratische Partei und ihre Reichstags-  
 fraktion erlassen einen Kampfruf an ihre Wähler. Sie stellen  
 darin fest, daß zum erstenmal ihre Reichstagsfraktion in Oppo-  
 sition zu einer Regierung stand. An der Obstruktion im Par-  
 lament hätten sie sich nicht beteiligt, wohl aber die „Ausdeuter-  
 reaktionen der Kommunisten“ belächelt und die „unerbötigen Be-  
 thaden der Mehrheit“ abgelehnt. Dann stellen die Herren fest,  
 daß die Regierungsparteien „unter verschlossenen Türen, unter  
 Hintertreibung über feierliche Regierungserklärungen“ gehandelt  
 haben und den Beamtenabbau durchführten, die verfassungsmä-  
 ßige Gleichberechtigung der beamteten Frau aufhoben, Auf-  
 wertungs-, Steuer- und Zollgesetze nach ihrer Willkür durch-  
 führten. Der Kleinbürgerstandpunkt dieser Reifreiter enthält  
 sich in der Weise: „Erstes Gebot ist heute die Stärkung der  
 deutschen Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung deutscher  
 Ausfuhr.“ Sie meinen, daß die angenommenen Folgegesetze „weitere  
 ruinöse Wirtschaftskrisen“ bringen werden. Die gleich-  
 mäßige Verteuerung aller Waren, der Lebens- wie der Produk-  
 tionsmittel, der Rohstoffe wie der Fertigwaren, ist eine Folge  
 des Wirtschaft- und Finanzpolitischen Systems der jetzigen, von  
 den Reichen beherrschten Regierung.

Kampfpolitisch suchen die Reifreiter den Ausweg aus dem  
 Schlamassel durch den Eintritt in den Völkerverbund. Großartig  
 erklären sie: Der Völkerverbund im Reichstag, die von  
 die Delegationsgrundlage unseres Volkes geführt wurden, bedeutet  
 nur einen kurzen Waffenstillstand. Höchst unnötigerweise per-

nehmen sie ihren Wählern, daß sie den „Kampf“ im gleichen Maße  
 fortführen werden, getreu ihrem „nationalen, liberalen, in-  
 ternationalen“ Programm.

Die rasch infolge der Annahme der Zollvorlage steigende  
 Teuerung und die Krawalle des Auslandes, die den deutschen  
 Arbeitsmarkt noch mehr verringern, zeigen diesen wehrhaften Reif-  
 reitern, daß ihre angebliche „Opposition“ eine feige Schein-  
 feiheri war, ein Verbot am wertvollen deutschen Volk, der sich  
 jenseit gegen sie als Partei unter ihren Wählern auszuwei-  
 chen wird. Die Reifreiter, welche bei den letzten Wahlen noch auf  
 diesen schmerzhaften „nationalen, liberalen und sozial-  
 demokratischen“ Völkerverbund trafen, werden ja inzwischen durch die  
 steigende Teuerung und die Generalstreikung der Ausdeuter der  
 Arbeitszeit und Löhne bestraft worden sein, daß ihre Interessen  
 nie und nimmer von diesen Kleinbürgerlichen Sozialisten, son-  
 dern einzig und allein von der kommunistischen Partei vertreten  
 werden.

### Erfolgreicher Streik der Kölner Gemeindefreier

Köln, 20. August. (Eigener Trahtbericht.) Der Streik der  
 städtischen Betriebe ist beendet. Die Stadtherausforderung wurde  
 auf der ganzen Linie die Forderungen der Arbeiterkraft be-  
 willigt. Die bürgerliche Presse behandelt den Streik als eine  
 „Werraung“. Es sei die unmittelbare Folge der Zollpolitik  
 der jetzigen Regierung.

### Neue Betriebskolligungen

Köln, 19. August. (Eigener Trahtbericht.) Die „So-  
 zialistische Jugend“ in Wellinghausen, die dem Lothring-  
 Konzern gehört, soll zum 30. August angeblich wegen Un-  
 terstützung der Streikenden verhaftet werden. Dadurch werden 1300 Ar-  
 beiter betroffen. Von 17 Jochen im Landkreise Hörde wer-  
 den nur noch 3. Die Stilllegung der Zeche „Welling-  
 haus“ ebenfalls domnächst durchgeführt werden. Auf der  
 Zeche „Höhle“ werden 50 Mann entlassen. Am 15. August  
 haben die Bergwerke des „Höhle“ 800 Mann ent-  
 lassen. Die Zeche „Teutoburgia“ des Bergwerks  
 Vereins wird am 11. September vollständig stillgelegt. Dar-  
 durch werden über 800 Bergleute und Beamte arbeitslos.

### Deutsche Lehrerdelegation in Moskau

Die Delegation der ausländischen Lehrer traf in Moskau  
 ein. Sie besuchte das Leninmuseum, das Kommissariat der  
 Volksaufklärung, den Zentralgewerkschaftsrat, Schulen und  
 Schulen usw. In persönlichen Ansprachen brühten die Vertreter  
 der ausländischen Lehrerschaft ihre Verwunderung über die  
 großartige Arbeit der Sowjetregierung auf dem Gebiet der  
 Volksbildung aus.

Die deutsche Arbeiterdelegation, die in 3 Gruppen ver-  
 schiedene Gebiete der Sowjetunion besichtigte, kehrt aus  
 Moskau zurück und reist in einigen Tagen heim.

### Metallarbeiterstreik in Polen

Paul Weichauer Meldungen jäh alle Metallarbeiter  
 schaus in den Streik getreten, da die Verhandlungen der Me-  
 tallarbeitergewerkschaft mit den Unternehmern infolge der  
 Lehndauer der Mangelhaften Lohnverhandlung seitens der Un-  
 ternehmer ergebnislos verlaufen. Auf einer Versammlung der  
 Streikenden wurde heftig gefordert, die Streikleitung aus den  
 Händen der aus P.P.S.-Mitgliedern bestehenden Gewerkschafts-  
 leitung einer gemischten Kommission zu übergeben. Die Ge-  
 werkschaftsleiter lehnten diese Forderung ab und erklärten die  
 Versammlung für geschlossen.

### Die Forderungen des chinesischen Proletariats

Paul einer Meldung aus Peking berichtet im Orient  
 zwei Tagen Ruhe. Tschangtsehs Lande Gendarmenverbände  
 nach Tientsin, die alle Verdächtigen verhafteten, alle Gewerkschaften  
 und öffentlichen Organisationen, die an der Bewegung teilnahmen,  
 ließ er schließen. Infolge der Tschangtsehs Ereignisse  
 berichtet in den radikalen Kreisen Peking eine große  
 Erregung. Die Vertreter verschiedener Organisationen trafen  
 hieren beim Staatsoberhaupt Tschang Tschang und über die  
 Entfernung und Verhaftung der für das Blutvergießen Ver-  
 antwortlichen. Der Studentenbund sandte eine Delegation nach  
 Tientsin und begann mit Geldsammlungen zugunsten der Ge-  
 fangenen und begann ein Kassenmeeting einzuberufen. Um die  
 Peking hinteranzuhalten, veröffentlichte die Peking Post eine Er-  
 klärung, wonach die Streiksituation eine größere Handlung ist.

In Tientsin lag die Anhänger Tschangtsehs, der Peking  
 Tschangtsehs, 16 Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur  
 kommunistischen Partei hinstücken und mehrere verhaften. Die  
 Zeitungen wurden verboten, ferner wurde angeordnet, daß die  
 Zeitungen eine Kautsion von 1000 Tollar hinterlegen mußten,  
 was mit der Einstellung der Arbeiterrechte gleichbedeutend ist.

Nach Prüfung der durch die Unternehmer vorgeschlagenen  
 Bedingungen zur Beendigung des Streiks beschloß der  
 Schanghaier Gewerkschaftsrat, den Streik unter folgenden Be-  
 dingungen einzustellen: 1. Anerkennung der bestehenden Gewerkschaften,  
 ohne den Erlaß diesbezüglicher Gesetze abzuwarten; 2. sofortige  
 Auszahlung von 100000 Tollar als Entschädigung für die Angehörigen  
 der Ermordeten und Verwundeten.

Gleichzeitig forderte der Gewerkschaftsrat die Regierung auf,  
 ein Gesetz über die Gewerkschaftsfragen im Sinne der Forderungen  
 der Arbeiter zu erlassen. Der Gewerkschaftsrat verlangte  
 einen Aufzug, wonach eine gewisse Anerkennung der Tarif-  
 verhandlung sei, weshalb auch örtliche Vereinbarungen über die Be-  
 endigung des Streiks auf Grund folgender Bedingungen mög-  
 lich seien: 1. Unbedingte Übergabe der Rechte der gemischten  
 Gewerkschaft an chinesische Behörden; 2. In den ausländischen Ge-  
 bietern der chinesischen Städte wird den Chinesen eine volle  
 Mitgliedschaft, Rede- und Freizugsrecht zugesichert; 3. Gleichberechtigung  
 der chinesischen Einwohner der ausländischen Niederlassungen  
 mit den Ausländern; 4. Anerkennung der Gewerkschaften;  
 5. Keine Entlassungen wegen des Streiks; 6. Hälfte des Lohns  
 für die Streikende; 7. 15prozentige Lohnverhöhung; 8. Stellen-  
 Behandlung der Arbeiter; 9. Entschädigung der Familien der  
 erschossenen und verwundeten Arbeiter.

Die chinesische Section der Internationalen Arbeiterhilfe  
 richtete an die Amsterdamer Internationale ein Telegramm,  
 worin sie nach ausführlicher Schilderung der Folgen der un-  
 gleichen Verträge, der Ausbeutung der chinesischen Arbeiter durch  
 das ausländische Kapital und der Unterdrückung Chinas seitens  
 der Imperialisten, die Amsterdamer Internationale auffordert  
 den kämpfenden Arbeiter in China moralische und materielle  
 Unterstützung zu gewähren und der Sammlung Ausdruck gibt, daß  
 die Arbeiter des Weltens zur Unterstützung des chinesischen  
 Volkes eine Anstrengung bilden wird.

Donnerstag, 20. August  
 Die kommunistische Partei hat in der letzten Sitzung der Erklärung  
 ganze drei Stimmen! So heißt es denn in dem gebildeten Bericht:  
 „Neue Zwischenfälle, wie der französische Kolonialkrieg in Marokko  
 weisen nachdrücklicher denn je den sozialistischen Parteien ihre Pflicht,  
 die der Beschluß des Hamburger Kongresses mit den Worten vorzulegen:  
 „Erstes Erfordernis des Kampfes gegen den Imperialismus ist es, daß die  
 Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen  
 Krieges ablehnen, und daß ihre parlamentarischen Vertreter die Zustimmung  
 zu den imperialistischen Zwecken dienenden Militär- und Kriegskrediten  
 verweigern.“ Die französischen Reformisten muhten erst durch die große  
 Antikriegskampagne der kommunistischen Partei Frankreichs und durch  
 ihre eigenen proletarischen Mitglieder dazu gezwungen werden, ihre offene  
 Unterstützungspolitik für den marokkanischen Kolonialkrieg aufzugeben,  
 um jetzt eine verschleierte Unterstützungspolitik fortzusetzen.

Ueber den Kampf gegen den Krieg enthält der 238 Seiten lange Bericht  
 des Sekretariats der Internationale deshalb verständlicherweise nur bescheidene  
 sechs Seiten (1), in denen außerdem noch ausdrücklich die Unmöglichkeit  
 der verschiedenen angeschlossenen Parteien bestätigt wird, sagt doch  
 dieser Bericht: „Gegenüber dem Projekt eines weiteuropäischen Sicherheits-  
 paktes nehmen die einzelnen sozialistischen Parteien keinen vollkommen  
 übereinstimmenden Standpunkt ein.“ Ferner: „Die Stellungnahme zu  
 der Einrichtung des Völkerbundes ist innerhalb der sozialistischen Parteien  
 nicht einheitlich.“ Weiter: „Die Ergebnisse einer Kundfrage über die  
 Stellungnahme der einzelnen Parteien zur Völkerbundfrage und zur inter-  
 nationalen Einigung zeigen jedoch so große Verschiedenheiten in den  
 Ansichten der einzelnen Parteien, daß die Angalmigkeit zur Weiterbera-  
 tung vertagt werden mußte.“ „Berlegt“, wie alles, worüber man sich  
 nicht einigt! Die innigen Widersprüche in dieser Internationale sind eben  
 viel zu groß, als daß auch nur eine Verständigung auf dem Papier ersicht-  
 lich zustande kommen könnte.

Wenn schon die zweite Internationale im August 1914 unter den Stürmen  
 des Weltkrieges auseinanderbrach, die dritte Internationale der reformis-  
 tischen Regierungen und Sozialisten aller Länder wird durch den letzten  
 imperialistischen Weltkrieg auseinandergerissen. Daran werden alle Parteien,  
 die wir in Marseille hören werden, nichts ändern. Dieselben Leute, die  
 in Marseille theatralisch die Internationale feiern werden und sich demon-  
 strativ die Hände schütteln, werden wenige Tage später wieder ihren  
 heimischen Bourgeois die Hände reichen.

Die Klassenbewußte, die revolutionäre Arbeiterkraft der Welt erwartet  
 daher nichts von dem Stillstehen der Reformisten aller Länder in Mar-  
 seille, um so weniger, als die ersten Entwicklungstendenzen der britischen  
 und französischen Arbeiterklasse nach links hin in Marseille kaum ihren  
 Ausdruck finden werden. Die gewissenhaften der Exekutive werden zu  
 verhindern wissen, daß der Wille zum internationalen Klassenkampf, zum  
 Kampf gegen jegliche Koalitionspolitik, zum Kampf für das proletarische  
 Sowjetregiment, der auch bei zahlreichen noch der Sozialistischen Internatio-  
 nale angeschlossenen Proletariaten vorhanden ist, wirklich zur Geltung  
 kommt. Im übrigen wird der kommende Theaterdonner von Marseille  
 nicht die Tatsachen verunsichern können, daß diese reformistische Internatio-  
 nale nur ein Schwert von Papp ist. Deshalb gilt es angeht das Kongress  
 von Marseille von neuem alle uns noch fernstehenden Klassengenossen  
 für die einzige mächtigste proletarische Internationale, die kommunistische  
 Internationale, zu gewinnen.

**Der Annetriebetrug in Preußen**  
 Die preußische Annetriebevorlage im händigen Reichstag angenommen.  
 Berlin, den 18. August. Der händige Reichstag des preußischen Landtages  
 hat die preußische Annetriebevorlage in der Sitzung des Interimsschulden,  
 die einige Ergänzungen der Regierungsvorlage enthält, angenommen. Von  
 der Regierung wurde eine Erklärung abgegeben, daß in die Annetriebe  
 geringfügige Verträge, die ihrer Grund in den Räten der Inschuldung haben,  
 einbezogen werden sollen.

Die kommunistische Fraktion gab bei der Annahme dieses Annetriebe  
 durch die Genossen Bied, Obisch und Dö folgende Erklärung ab:  
 „Die kommunistische Fraktion stimmt der Notverordnung auf Grund von  
 Straffreiheit in Preußen zu, abgesehen von allen in der Notverordnung  
 gewährten Straffreiheiten abgesehen von dem Grund, daß die kommunistische  
 Fraktion beanstandet die Notverordnung, die die Annetriebe vorläufig an  
 der von der Arbeitgeberseite geforderten Abgabe eines Willigen Annetriebe-

Der Reichsarbeitsminister Brauns kündigt weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit an  
 Auf dem ersten Verbandstag der christlichen Metallarbeiter erklärte der  
 christliche Reichsarbeitsminister Brauns, daß die Zahl der Arbeitslosen  
 weiter wachsen werde. Ganze Unternehmen würden Schiffbruch leiden.  
 Viele Zeugnisse, welche die Arbeitslosigkeit aufzeigt, die Wirtschaft mit  
 kapitalistischen Mitteln in Ordnung zu bringen, ist für die Ausdeuter  
 sehr gefährlich. Deshalb bedient sich Brauns politischer Methoden, um  
 die Arbeiter von der Erkenntnis der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu  
 befeitigen, möglichst weit abzubringen. Er sagt nämlich, Schuld trage  
 das Bankkapital durch seine Wucherzinsen. Das stimmt nur zum Teil,  
 löst aber die Schuld vom gesamten kapitalistischen System auf einen  
 Teil dieses Systems, ganz nach der Praxis der Fiktivrente, die ja auch  
 nichts anderes wollen, als die Arbeiter von der Bekämpfung der Ausdeuter  
 abulenken. Diese Banken aber sind noch der Luther-Regierung mit der  
 Hindenburgkrona mittels Reichswehr, Schupo und Justiz hängiglich  
 geknüpft, so daß ihnen diese „Abteilung“ nichts schaden kann. Und  
 Herr Brauns nimmt ja selbst Teil an dieser herrlichen Regierung, die  
 von diesem herrlichen System von Bank-, Industrie- und Agrarbarbaren  
 eingeleitet ist und es verteidigt.

Der „Kampfruf“ der demokratischen Reifreiter  
 Die Deutsche Demokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion erlassen  
 einen Kampfruf an ihre Wähler. Sie stellen darin fest, daß zum erstenmal  
 ihre Reichstagsfraktion in Opposition zu einer Regierung stand. An der  
 Obstruktion im Parlament hätten sie sich nicht beteiligt, wohl aber die  
 „Ausdeuterreaktionen der Kommunisten“ belächelt und die „unerbötigen  
 Bethaden der Mehrheit“ abgelehnt. Dann stellen die Herren fest, daß  
 die Regierungsparteien „unter verschlossenen Türen, unter Hintertreibung  
 über feierliche Regierungserklärungen“ gehandelt haben und den Beamten-  
 abbau durchführten, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der  
 beamteten Frau aufhoben, Aufwertungs-, Steuer- und Zollgesetze nach  
 ihrer Willkür durchführten. Der Kleinbürgerstandpunkt dieser Reifreiter  
 enthält sich in der Weise: „Erstes Gebot ist heute die Stärkung der  
 deutschen Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung deutscher Ausfuhr.“  
 Sie meinen, daß die angenommenen Folgegesetze „weitere ruinöse  
 Wirtschaftskrisen“ bringen werden. Die gleichmäßige Verteuerung aller  
 Waren, der Lebens- wie der Produktionsmittel, der Rohstoffe wie der  
 Fertigwaren, ist eine Folge des Wirtschaft- und Finanzpolitischen Systems  
 der jetzigen, von den Reichen beherrschten Regierung.

Kampfpolitisch suchen die Reifreiter den Ausweg aus dem Schlamassel  
 durch den Eintritt in den Völkerverbund. Großartig erklären sie: Der  
 Völkerverbund im Reichstag, die von die Delegationsgrundlage unseres  
 Volkes geführt wurden, bedeutet nur einen kurzen Waffenstillstand. Höchst  
 unnötigerweise per-

Die deutsche Arbeiterdelegation, die in 3 Gruppen verschiedene Gebiete  
 der Sowjetunion besichtigte, kehrt aus Moskau zurück und reist in  
 einigen Tagen heim.

Paul Weichauer Meldungen jäh alle Metallarbeiter schaus in den Streik  
 getreten, da die Verhandlungen der Metallarbeitergewerkschaft mit den  
 Unternehmern infolge der Lehndauer der Mangelhaften Lohnverhandlung  
 seitens der Unternehmer ergebnislos verlaufen. Auf einer Versammlung  
 der Streikenden wurde heftig gefordert, die Streikleitung aus den Händen  
 der aus P.P.S.-Mitgliedern bestehenden Gewerkschaftsleitung einer  
 gemischten Kommission zu übergeben. Die Gewerkschaftsleiter lehnten  
 diese Forderung ab und erklärten die Versammlung für geschlossen.

In Tientsin lag die Anhänger Tschangtsehs, der Peking Tschangtsehs,  
 16 Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei  
 hinstücken und mehrere verhaften. Die Zeitungen wurden verboten,  
 ferner wurde angeordnet, daß die Zeitungen eine Kautsion von 1000  
 Tollar hinterlegen mußten, was mit der Einstellung der Arbeiterrechte  
 gleichbedeutend ist.

Nach Prüfung der durch die Unternehmer vorgeschlagenen Bedingungen  
 zur Beendigung des Streiks beschloß der Schanghaier Gewerkschaftsrat,  
 den Streik unter folgenden Bedingungen einzustellen: 1. Anerkennung  
 der bestehenden Gewerkschaften, ohne den Erlaß diesbezüglicher  
 Gesetze abzuwarten; 2. sofortige Auszahlung von 100000 Tollar als  
 Entschädigung für die Angehörigen der Ermordeten und Verwundeten.

Gleichzeitig forderte der Gewerkschaftsrat die Regierung auf, ein Gesetz  
 über die Gewerkschaftsfragen im Sinne der Forderungen der Arbeiter  
 zu erlassen. Der Gewerkschaftsrat verlangte einen Aufzug, wonach  
 eine gewisse Anerkennung der Tarifverhandlung sei, weshalb auch  
 örtliche Vereinbarungen über die Beendigung des Streiks auf Grund  
 folgender Bedingungen möglich seien: 1. Unbedingte Übergabe der  
 Rechte der gemischten Gewerkschaft an chinesische Behörden; 2. In  
 den ausländischen Gebieten der chinesischen Städte wird den Chinesen  
 eine volle Mitgliedschaft, Rede- und Freizugsrecht zugesichert; 3.  
 Gleichberechtigung der chinesischen Einwohner der ausländischen  
 Niederlassungen mit den Ausländern; 4. Anerkennung der Gewerkschaften;  
 5. Keine Entlassungen wegen des Streiks; 6. Hälfte des Lohns für  
 die Streikende; 7. 15prozentige Lohnverhöhung; 8. Stellenbehandlung  
 der Arbeiter; 9. Entschädigung der Familien der erschossenen und  
 verwundeten Arbeiter.

Die chinesische Section der Internationalen Arbeiterhilfe richtete an  
 die Amsterdamer Internationale ein Telegramm, worin sie nach  
 ausführlicher Schilderung der Folgen der ungleichen Verträge, der  
 Ausbeutung der chinesischen Arbeiter durch das ausländische Kapital  
 und der Unterdrückung Chinas seitens der Imperialisten, die  
 Amsterdamer Internationale auffordert den kämpfenden Arbeiter in  
 China moralische und materielle Unterstützung zu gewähren und der  
 Sammlung Ausdruck gibt, daß die Arbeiter des Weltens zur  
 Unterstützung des chinesischen Volkes eine Anstrengung bilden wird.